

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
06/2011*



P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

Liebe FreundInnen!

Wie immer erhaltet Ihr von mir die neuesten Informationen direkt aus dem Parlament. Themen in den Nationalratssitzungen vom 15. und 16. Juni waren unter anderem die

Neben einer kurzen Zusammenfassung der Ergebnisse des Sitzungstages und einem Überblick über meine im Juni ausgeschickten Pressemitteilungen findet Ihr in dieser Ausgabe auch meinen Redebeitrag zur Erklärung des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers.

Natürlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine



FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am 15. und 16. Juni trat der Nationalrat zu Plenarsitzungen zusammen. In Erklärungen legten Bundeskanzler, Vizekanzler und Fachminister die Beschlüsse der Regierungsklausur am Semmering dar. Intensiv diskutiert wurde auch die aktuelle Situation in Griechenland. Am Donnerstag stand der Beschluss des Wahlrechtsänderungsgesetzes auf der Tagesordnung. Ebenfalls behandelt wurden Materien aus dem Sozial-, Tourismus- und Rechnungshofausschuss.

Der Mittwoch startete mit einer **Aktuellen Stunde** zur Situation in **Griechenland**. Klubobmann **Josef Cap** forderte hierbei eine **Beteiligung privater Gläubiger** bei der Griechenlandhilfe. Weiters wies er darauf hin, dass die Ursachen der Krise im **neoliberalen Wirtschaftssystem** und den **deregulierten Finanzmärkten** zu finden seien. Auch SPÖ-Finanzsprecher **Jan Krainer** betonte die Notwendigkeit der Griechenlandhilfe. Ließe man Griechenland Pleite gehen, wie dies von verschiedener Seite vorgeschlagen wird, wären Bankenpleiten, Massenarbeitslosigkeit und damit auch deutlich höhere Kosten für Österreich die Konsequenz.

Es folgten **Erklärungen des Bundeskanzlers und Vizekanzlers** zu den Ergebnissen der **Regierungsklausur**, die Ende Mai am Semmering unter dem Motto "**Österreich weiterbringen**" stattgefunden hat. Die von der Bundesregierung beschlossenen **92 Maßnahmen in sieben Arbeitspaketen** geben dabei Antworten auf die wesentlichsten Fragen dieser Legislaturperiode und haben exakte Zeitvorgaben zur Umsetzung bekommen. Dass der österreichische Kurs der Krisenbewältigung der richtige gewesen ist, zeigt beispielsweise der aktuelle Bericht des Internationalen Währungsfonds (IWF) über die Länder der EU.

Klare Schwerpunkte gibt es dabei bei **Investitionen in Forschung, Entwicklung und Bildung**. So wird es ab 2015 österreichweit 1.173 Standorte der Neuen Mittelschule und 210.000 Ganztagesbetreuungsplätze inklusive Horte geben. Des Weiteren enthält das Paket mit dem bis 2014 mit 685 Millionen Euro dotierten **Pflegefonds** ein starkes Instrument zur Sicherung der Pflege. Auch das am Mittwoch im Ministerrat beschlossene **Ökostromgesetz** reiht sich nahtlos in die Maßnahmen für Österreichs Zukunft ein.

Es folgte die Behandlung von Materien aus dem **Tourismus- und Sozialausschuss**. Intensiv wurde dabei der **Bericht über die Lage der Tourismus- und Freizeitwirtschaft** diskutiert, der einen Überblick über aktuelle Entwicklungen in Österreich 2010 gibt.

Am Donnerstag stand zu Beginn der Plenarsitzung eine **Fragestunde** an den Außenminister auf der Tagesordnung. Es folgte der Beschluss des **Wahlrechtsänderungsgesetzes**. Mit diesem wird unter anderem die **Briefwahl** neu geregelt. Künftig müssen die Wahlkarten bis zu Wahlschluss bei der Wahlbehörde eingelangt sein, um eine nachträgliche Stimmabgabe zu verhindern. Ebenfalls in dem Paket enthalten ist eine Einzelfall-Prüfung bezüglich des Wahlausschlusses von Strafgefangenen. Schließlich fällt noch der "**Habsburger-Paragraf**", der Mitglieder ehemals regierender Häuser von einer Kandidatur bei Präsidentschaftswahlen ausschließt.

Am Nachmittag ließ eine **Dringliche Anfrage** des BZÖ zu einer Steuerreform nochmals die Wogen hoch gehen. Die SPÖ-Abgeordneten zeigten dabei den richtigen Weg auf: Der Staat finanziert sich zu fast 90 Prozent von den ArbeitnehmerInnen, zu zehn Prozent von Unternehmen und Kapitalvermögen. Daher ist der richtige Weg, **Steuern** und Abgaben **auf Arbeit zu senken** und auf **Kapital** und **Vermögen** zu **erhöhen**.

Die wichtigsten Beschlüsse vom Mittwoch, 15.06.2011

Tourismusbericht 2010 – Tourismus war Stütze in der Wirtschaftskrise ([III-238/1215 d.B.](#))

Der Bericht über die Lage der Tourismus- und Freizeitwirtschaft liefert einen wichtigen Überblick über das vergangene Jahr sowie aktuelle und geplante Maßnahmen. Die Branche hat sich in der Wirtschaftskrise als Stütze der österreichischen Konjunktur bewährt. Ziel der Tourismusstrategie ist es, die Betriebe bei Innovationen zu unterstützen. Verbessert werden soll auch die Koordination des Tourismusmarketings zwischen Bund und Ländern. Handlungsbedarf sieht die SPÖ bei der sehr kurzen durchschnittlichen Beschäftigungsdauer in Tourismusbetrieben in der Höhe von sieben Monaten. Hier ist es unbedingt notwendig, die Menschen und ihr Know-How länger in den Betrieben zu halten. Besser werden muss auch die Arbeitsplatzqualität – vor allem in Bezug auf Vereinbarkeit von Beruf und Familie – sowie die Bezahlung.

Freier Zugang zur Natur für alle ([1216 d.B.](#))

Mit dem einstimmig angenommenen Fünf-Parteien-Antrag wird der Wirtschaftsminister aufgefordert, die Erhaltung und Förderung von Schutzhütten und Wegen in den Alpen als wichtige Ressource für den Tourismus weiterhin sicher zu stellen. Hier sind der SPÖ vor allem die Wegfreiheit und der freie Zugang zur Natur wichtig.

Attraktivere Öffentliche Verkehrsmittel für Touristen ([1217 d.B.](#))

In einem Fünf-Parteien-Antrag fordern die Abgeordneten eine Attraktivierung des Öffentlichen Verkehrs mit zweckmäßiger Gepäcklogistik für Sportgeräte, bessere Online-Auskünfte, Einbeziehung von Bussen und Regionalbahnen in den Gästekartenservice, Ausbau von Radwegen und Förderung der Elektromobilität.

Modernes Arbeitsvertragsrecht kommt ([1231 d.B.](#))

Der Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz wird von den Abgeordneten der Regierungsparteien ersucht, unter Einbindung der Sozialpartner ein modernes, flexibles Arbeitsvertragsrecht auszuarbeiten. Die Arbeit zur Neukodifizierung des Arbeitsvertragsrechtes unter Lösung der wichtigen Probleme, wie zum Beispiel ein einheitlicher ArbeitnehmerInnen-Begriff, atypische Beschäftigung, längst überholte Gesetzesbestimmungen usw. wird noch vor dem Sommer beginnen.

Verbesserung der Situation von PraktikantInnen ([1241 d.B.](#))

SPÖ und ÖVP fordern in einem Entschließungsantrag, dass die arbeits- und sozialrechtliche Situation von AbsolventInnen im Zusammenhang mit Praktika verbessert wird. Die Lösungsvorschläge sollen unter Einbindung der Sozialpartner und unter Einbeziehung der Ergebnisse der verschiedenen Studien dazu entwickelt werden.

Förderung von freiwilligem Engagement ([1249 d.B.](#))

Die Abgeordneten haben den Sozialminister ersucht, dem Nationalrat bis spätestens Ende dieses Jahres nach Anhörung des österreichischen Freiwilligenrates eine Regierungsvorlage über Maßnahmen zur Förderung des freiwilligen Engagements vorzulegen.

Die wichtigsten Beschlüsse vom Donnerstag, 16.06.2011

Wahlrechtsänderungsgesetz zur Lösung der Probleme bei der Briefwahl ([1257 d.B.](#)) und ([1258 d.B.](#))

Die **Probleme**, die die Briefwahl aufgeworfen hat, sind mit dieser Wahlrechtsänderung **gelöst**. **Problematisch** waren die **Identifikationsmöglichkeit** bei der Abholung der Wahlkarte sowie die Wahlmöglichkeit nach dem Wahltag, die **taktisches Wählen ermöglichte**. Nun **muss** entweder bei Bestellung oder bei Abholung bzw. Zustellung eine **Identifikation erfolgen**. Die Identifikation bei elektronischer Bestel-

lung kann mittels elektronischer Signatur oder mittels Ausweiskopie erfolgen. Weiters werden in Zukunft Wahlkarten, die nicht abgeholt oder zugestellt werden konnten, eingesammelt. Bei einer **Hotline** kann dann erfragt werden, wo die Karte abgeholt werden kann, um am Sonntag noch wählen zu können. Für die SPÖ ist klar, dass die **Briefwahl** eine **Ausnahme** und **nicht die Regel** sein soll.

Mit der Wahlrechtsänderung werden darüber hinaus hinsichtlich der **Wahlmöglichkeit verurteilter Straftäter** alle **Kriterien des Europäischen Menschenrechtshofs erfüllt**. Ein Ausschluss vom Wahlrecht bedarf in Zukunft des individuellen Spruchs eines Richters und ist außerdem von der Schwere der Straftat und der Höhe der Strafe abhängig.

Das "**Lex Habsburg**" ist **Akt der Normalisierung** – jedoch **keine Verklärung der Geschichte**: Mitglieder aus der Familie Habsburg dürfen künftig zur Bundespräsidentenwahl antreten. Obwohl es ein Akt der Normalisierung ist, ist ein **sauberer, seriöser und präziser Umgang** mit der gesamten **Geschichte Österreichs notwendig**, insbesondere mit jenen, die Menschen, Grund und Boden ausgebeutet haben. Es ist sichergestellt, dass es auch in Zukunft **keinerlei vermögensrechtliche Ansprüche der Familie Habsburg gegen die Republik Österreich** geben kann.

Behandelte Berichte

Bericht des Rechnungshofausschusses zu SVIBEG, Polizei-Notruf und Hauptbahnhof ([III-134/1229 d.B.](#))

Im ersten Teilbericht des Rechnungshofberichts geht es um Kasernen- und Liegenschaftsverkäufe durch die SIVBEG, die eigens dafür eingerichtete Strategische Immobilien Verwertungs-, Beratungs- und EntwicklungsgesmbH. Hier kritisierte der Rechnungshof, dass die Errichtung der SIVBEG im Jahr 2005 für die Abwicklung des Kasernenverkaufsprogrammes weder erforderlich noch zweckmäßig war. Verteidigungsminister Norbert Darabos ist es allerdings gelungen, dass 87 Liegenschaften mit einem Erlös von 126 Mio. Euro verwertet wurden.

Beim Polizei-Notruf bemängelte der Rechnungshof, dass das BMI nicht wisse, wie lange die Wartezeiten beim Notruf betragen und wie viel Zeit verstreicht, bis die Polizei nach einem Notruf am Einsatzort eintrifft. Der Rechnungshof empfiehlt den Bundesländern, zentrale Leitstellen nach Wiener Vorbild einzurichten. Weiters geprüft wurde der Hauptbahnhof – das größte und wichtigste Infrastrukturprojekt in Wien. Insgesamt investiert der Bund rund 900 Mio. Euro für die Bahnhofinfrastruktur. Weitere hunderte Millionen Euro kommen von der Stadt Wien und der ÖBB und private Investoren machen 2,5 Milliarden Euro locker.

Parlamentsrede vom 16.06.2011

Rede zur Erklärungen des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Meine Damen und Herren, da stimme ich mit meinem Vorredner durchaus überein: Wenn man sich die vergangenen zweieinhalb Jahre Regierungsarbeit anschaut, dann kann ein positives Fazit gezogen werden. Diese Bundesregierung – das wissen Sie alle – hat ihre Arbeit aufgenommen in einer sehr schwierigen Situation, inmitten der größten Finanzkrise seit den dreißiger Jahren. Auch wenn die Krise noch lange nicht vorbei ist, können wir doch feststellen, dass Österreich weitaus besser dasteht als die meisten anderen Länder in Europa, ja sogar weltweit.

Das ist ganz besonders den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zu verdanken – denn wenn die Krise etwas ans Licht gebracht oder klargemacht hat, dann das: dass gesellschaftlicher Wohlstand nicht durch Spekulationen und Finanztricks entsteht. Wohlstand entsteht durch Arbeitsplätze und durch faire Löhne! Wenn Österreich die niedrigste Arbeitslosenquote in der EU hat und vorweisen kann, dann hat diese Bundesregierung bewiesen, dass sie das verstanden hat. Das, und auch das Arbeitsprogramm für die nächste Zeit, lässt mich doch sehr optimistisch in die Zukunft blicken.

Gerade in diesen Tagen ist es unbedingt notwendig, dass wir uns der Grundlagen unseres Wohlstandes bewusst werden. Dass wir unsere Stärken optimal nutzen können, haben wir wesentlich dem Beitritt zur EU und zur Eurozone zu verdanken. Nur aufgrund des EU-Beitritts war es für ein kleines Land wie Österreich überhaupt möglich, in einer globalisierten Welt, in einer globalisierten Wirtschaft zu bestehen. Ohne unsere EU-Mitgliedschaft hätte Österreich seine Exporte seit 1995 niemals verdreifachen können. Ohne unsere EU-Mitgliedschaft müssten wir jährlich auf 20 000 neue Arbeitsplätze verzichten, und ohne unsere EU-Mitgliedschaft hätte der Wohlstand in Österreich niemals um durchschnittlich 2 Prozent im Jahr wachsen können.

Nicht nur der IWF, der Internationale Währungsfonds, hat lobende Worte gefunden – Bundeskanzler Faymann hat das schon erwähnt –, sondern auch zahlreiche heimische Medien haben das getan, wie zum Beispiel das „Format“ der letzten Woche. Ich möchte daraus nur einige Überschriften vorlesen; da steht: Kaum ein Land hat vom EU-Beitritt so profitiert wie Österreich.

„Ohne die EU wäre Österreich nicht eine zweite Schweiz, sondern ein wirtschaftlicher Zwerg.“

Und weiters: „Am Arbeitsmarkt brachte die EU nicht nur Konkurrenz, sondern auch Chancen.“

„Die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts erhöhte sich mit der EU.“

„Österreich ist zum Export-Star geworden – vor allem dank der Ostöffnung.“

Das sind nur einige der Beispiele, die ich daraus zitieren möchte; deshalb haben wir uns ja 1994 für die EU entschieden.

Die EU hat aber eine noch viel größere Aufgabe: Die EU ist ein Friedensprojekt, wie es in der Menschheitsgeschichte bisher so nicht gekannt wurde. Von der Stabilität, die die Europäische Union herbeigeführt hat, hat wiederum Österreich ganz besonders profitiert. Gerade die Entwicklungen in Ost- und Südeuropa zeigen das sehr deutlich. Die Perspektive eines EU-Beitritts hat wesentlich dazu beigetragen, dass wir in unserer Nachbarschaft demokratische Rechtsstaaten vorfinden und von der dortigen Stabilität auch profitieren können, wirtschaftlich stark profitieren können.

Diese Stabilität muss also erhalten bleiben, und nationalstaatliche Alleingänge – wie das von Teilen der Opposition gefordert wird: die Aufgabe des gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraums – hätten letztendlich katastrophale Auswirkungen für den österreichischen Arbeitsmarkt, für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Der Einsatz der Bundesregierung gilt der Erhaltung dieser Stabilität und ist daher der richtige und vernünftige Weg.

Österreich hat noch eine weitere Aufgabe in Europa. In Österreich arbeiten wir konsequent an mehr Gerechtigkeit, für uns steht daher eindeutig fest, dass diejenigen, die die Krise ursprünglich verschuldet haben, mit zur Kasse gebeten werden müssen und sich an den entstandenen Kosten angemessen beteiligen müssen. Die Finanztransaktionssteuer ist hierfür ein ausgezeichnetes Instrument. Sie würde nicht nur dafür sorgen, dass die Gesellschaft bei den Spekulanten wichtige und notwendige Geldmittel abschöpfen kann, sie hat auch eine regulierende und stabilisierende Wirkung, indem sie Spekulationen verteuert und vielleicht sogar unrentabel macht. Ich begrüße es daher ausdrücklich, dass die Finanztransaktionssteuer in diesem jüngst vereinbarten Arbeitspaket explizit erwähnt wird.

Die EU hat den Österreichern und Österreicherinnen einen klaren Mehrwert gebracht, den es aber noch auszubauen gilt. Es gibt mit dieser „Europa 2020“-Strategie sehr ehrgeizige Ziele der EU. Auch das wird explizit von der Bundesregierung aufgenommen und festgehalten, dass sie sich sehr aktiv daran beteiligen und einen wesentlichen Beitrag zum Erreichen der Ziele leisten wird. Da geht es um neue Arbeitsplätze, um neue Ausbildungschancen, um die Entwicklung fortschrittlicher Technologien und um den Aufbau nachhaltiger, umweltfreundlicher Industrie- und Wirtschaftszweige.

Meine Damen und Herren! Wenn die Regierung diesen Weg, diesen bereits eingeschlagenen Weg weiter fortführt und gleichzeitig das beschlossene und ausverhandelte Arbeitsprogramm durchbringt, dann wird auch in den kommenden zweieinhalb Jahren für eine gute, für eine nachhaltige und auch für eine gerechte Politik in Österreich für alle Bewohner und Bewohnerinnen dieses Landes gearbeitet werden. – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Pressemeldungen&Veranstaltungen:

[Muttonen zu EU-Stabilitätspakt: Soziale Indikatoren in die Beurteilung einbeziehen \(07.06.2011\)](#)

[Nationalrat - Muttonen : EU brachte Österreich bereits viele Vorteile \(07.06.2011\)](#)

Fair Trade im Nationalrat



Am 18. Mai fand im Österreichischen Parlament der jährliche "Tag des fairen Handels" statt. Auf einer Ausstellung fair gehandelter Produkte konnten sich Nationalratsabgeordnete, Parlamentsmitarbeiter und Gäste über Fair Trade informieren und als kritische Konsumenten "Politik mit dem Einkaufskorb" machen. Hat der faire Handel über viele Jahre

eine Nischendasein in Eine-Welt-Läden gefristet und neben Kaffee nur wenige andere Produkte umfasst, so hat sich dies in den letzten Jahren erfreulicherweise umfassend geändert. Fair gehandelte Produkte gibt es mittlerweile auch in großen Handelsketten in einem breitgefächerten Warenangebot von Orangensaft bis Schnittblumen angeboten. Eine ermutigende Entwicklung, die den weltweiten kleinbäuerlichen Produktionsgenossenschaften endlich den Lohn zukommen lässt, den sie durch ihre Arbeit verdient haben.

Besuch der tadschikischen und kirgisischen PräsidentInnen

In der Woche vom 06. bis 10. Juni hatten wir im Nationalrat die PräsidentInnen der zentralasiatischen Republiken Tadschikistan und Kirgisistan zu Besuch. Beide Länder zählen zu den Ärmsten der Welt. Im Zentrum der Gespräche standen daher insbesondere die Möglichkeiten einer intensiveren entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. Aber auch über die Situation der Menschenrechte wurde ausgiebig gesprochen. Hier gibt es vor allem im streng autokratisch geführten Tadschikistan noch erheblichen Verbesserungsbedarf. Gefreut hat mich jedoch die Zusage Präsident Rachmons, den Beitritt seines Landes zur Oslo-Konvention über ein Verbot von Streumunition zu prüfen.

Sehr interessant fand ich das Treffen mit der sozialdemokratischen Präsidentin Kirgisistans Otunbayeva. Präsidentin Otunbayeva war maßgeblich am Sturz des autokratischen Präsidenten Bakijew im Frühling letzten Jahres beteiligt. Seitdem arbeitet Sie intensiv daran eine parlamentarischen Demokratie nach



europäischem Vorbild aufzubauen und ihr durch ethnische Konflikte zerrüttetes Land zu stabilisieren. Ein weiteres wichtiges Ziel, welches sie sich als vorübergehende Präsidentin Kirgisistans gestellt hat, ist die Rechte der Frauen sowie deren Stellung in Gesellschaft und Politik zu stärken. Keine leichte Aufgabe in einer Region, die von starken patrimonialen Strukturen und Männerbünden geprägt ist.

Erweiterungskommissar Stefan Füle zu Gast im Nationalrat

Am 16. Juni fand unter meiner Leitung eine Aussprache mit dem EU-Kommissar für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik, Stefan Füle, statt. Bei dem Gespräch ging es insbesondere um die europäische Perspektive der Balkanländer. Diskutiert wurde aber auch intensiv über die Beitrittsaspiration der Türkei. Dabei habe ich dem Kommissar noch einmal unsere Position deutlich gemacht, dass wir einen Beitritt der Türkei zur EU ablehnen und stattdessen eine enge strategische Partnerschaft favorisieren. Kommissar Füle erklärte daraufhin, dass die augenblicklichen Verhandlungen nicht zwangsläufig auf einen Beitritt hinauslaufen. Ob ein Land der EU beitreten könne, entschieden letztendlich die Mitgliedsländer der EU. Nur wenn jedes einzelne EU-Mitglied dem Beitritt der Türkei zustimme, könne dieser auch vollzogen werden. Ein Beitritt gegen den Willen der Österreicherinnen und Österreicher sei daher nicht möglich.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:

Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN

Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3

1017 Wien

**P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L**